

# VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

verbraucherzentrale

Bundesverband

Ausgabe 14 | 2. bis 15. Juli 2018

## INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

## ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

### 1. Österreichische Ratspräsidentschaft mit ehrgeizigem Programm

Im zweiten Halbjahr 2018 führt Österreich den Vorsitz im EU-Ministerrat. Motto des Ratsvorsitzes ist „Ein Europa das schützt“. Hierzu gehört auch der Verbraucherschutz. Eine Priorität bildet die Weiterentwicklung des Binnenmarkts. Österreich will die Verhandlungen zum Warenpaket, zum Binnenmarktprogramm, zum Dienstleistungspaket sowie zur Neugestaltung der Verbraucherrechte („New Deal for Consumers“) konstruktiv fortführen. Im Bereich des digitalen Binnenmarkts wird ein Abschluss der Arbeiten an der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt und an der Verordnung mit Vorschriften für die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern angestrebt.

Der österreichische Ratsvorsitz will sich mit großem Engagement im Bereich des Zivilrechts jenen Dossiers widmen, die zur Vollendung des Digitalen Binnenmarkts beitragen. Der Entwurf für eine Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte wolle erstmals auf europäischer Ebene ein einschlägiges Regelwerk schaffen. Österreich sei auch bestrebt, den Vorschlag für eine Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte des Warenhandels weiter zu entwickeln.

Ein gut funktionierender Binnenmarkt müsse allen Vorteile bringen, auch der Personengruppe der Menschen mit Behinderungen. Der österreichische Ratsvorsitz werde daher bemüht sein, die Verhandlungen zum Richtlinienvorschlag zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten

#### Impressum

Verbraucherzentrale  
Bundesverband e.V.

Markgrafenstraße 66

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter  
nehmen wir gerne entgegen.

über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen („European Accessibility Act“) abzuschließen.

Vor dem Hintergrund des Klimaschutzübereinkommens von Paris hat die EU-Kommission Ende 2016 das Legislativpaket „Saubere Energie für alle Europäer“ vorgelegt. Es ist das erklärte Ziel des österreichischen Ratsvorsitzes, alle noch offenen Legislativvorhaben zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Bei der Vertiefung des Elektrizitätsbinnenmarkts seien Themen wie die Integration erneuerbarer Energien, aktive Konsumenten, Digitalisierung und regionale Ansätze von großer Bedeutung. Eine Priorität sei auch die weitere Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes für PKWs und leichte Nutzfahrzeuge. Ein weiterer Schwerpunkt sei der Vorschlag zur Vermeidung von Einwegplastik.

Der österreichische Ratsvorsitz beabsichtigt, die Verhandlungen zur Reform des Rechtsrahmens für Telekommunikation zum Abschluss zu bringen. Das betrifft insbesondere die Richtlinie für einen europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation. Überdies will sich der österreichische Ratsvorsitz für zukunftssichere Regelungen zum Datenschutz im digitalen Umfeld einsetzen, insbesondere im Rahmen der Arbeiten zur Verordnung über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation („ePrivacy“).

<https://www.eu2018.at/agenda-priorities/programme.html>

## **2. Einhaltung des EU-Rechts in den Mitgliedstaaten mangelhaft**

In dem am 12. Juli 2018 vorgelegten Jahresbericht über die Kontrolle der Anwendung des Unionsrechts wird erläutert, wie die Kommission 2017 die Anwendung des EU-Rechts überwacht und durchgesetzt hat. Aus dem Online-Binnenmarktanzeiger, der ebenfalls am 12. Juli 2018 veröffentlicht wurde, geht hervor, dass zwar die meisten Hindernisse für den freien Verkehr von Personen, Dienstleistungen, Waren und Kapital abgebaut werden, es jedoch einige Bereiche gibt, in denen die Situation stagniert oder sich sogar verschlechtert hat.

Zum Jahresende 2017 führte die EU-Kommission 1559 Verfahren gegen die Mitgliedstaaten wegen Missachtung des EU-Rechts. Gegen Deutschland waren bis zum 31. Dezember 2017 insgesamt 74 Vertragsverletzungsverfahren anhängig. Die meisten anhängigen Verfahren gab es in Spanien (93), Portugal (85) und Belgien (81). Gegen Deutschland wurden 23 neue Verfahren 2017 eingeleitet, vier im Bereich Umwelt, vier zu Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, vier zum Bereich Umwelt, drei zu Steuern und Zoll und acht zu Finanzen, Klima und Beschäftigung.

Verbraucher und andere Interessenträger können vermutete Verstöße gegen das EU-Recht direkt melden, und zwar mit einem Online-Beschwerdeformular, das über die Seite „Hilfe bei der Wahrnehmung Ihrer Rechte“ auf dem Portal Europa abrufbar ist. 2017 betrafen die Beschwerden mehrheitlich Sachverhalte

aus den Bereichen Justiz und Verbraucherrechte, Beschäftigung, EU-Binnenmarkt, Industrie sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180712-einhaltung-des-eu-rechts-2017\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180712-einhaltung-des-eu-rechts-2017_de)

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-4295\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4295_de.htm)

### **3. EU-Kommission hinterfragt Umstellung auf Sommerzeit**

Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur EU-Sommerzeitregelung eingeleitet und fordert alle Interessierten auf, ihre Ansichten zur Zeitumstellung in einem Online-Fragebogen zu äußern. Die Konsultation dient dem Zweck zu evaluieren, ob die Sommerzeit für alle Mitgliedstaaten unverändert bleibt oder ob sie für die gesamte Europäische Union abgeschafft werden soll. Die Konsultation läuft bis zum 16. August 2018.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180702-sommerzeit\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180702-sommerzeit_de)

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/2018-summertime-arrangements>

## **BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR**

### **1. Industriausschuss des EU-Parlaments bestätigt Einigung über neue Ziele für Energieeffizienz**

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des EU-Parlaments bestätigte am 10. Juli 2018 die von den Verhandlungsführern von EU-Parlament und EU-Ministerrat am 20. Juni 2018 erzielte Einigung über neue Regeln zur Verbesserung der Energieeffizienz in Europa. Der neue Rechtsrahmen enthält ein Energieeffizienzziel für die Europäische Union für 2030 von 32,5 Prozent, verglichen mit dem bisher erwarteten Verbrauch an Energie. Im Jahr 2023 soll eine Anhebung geprüft werden. Die Vorschriften für die individuelle Messung und Abrechnung von Wärmeenergie werden verschärft, indem den Verbrauchern - insbesondere in Mehrfamilienhäusern mit kollektiven Heizsystemen - klarere Rechte auf häufigere und nützlichere Informationen über ihren Energieverbrauch eingeräumt werden, damit sie ihre Heizkosten besser verstehen und kontrollieren können.

Erstmals werden die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, einen Teil ihrer Energiesparmaßnahmen Verbrauchern zukommen zu lassen welche unter Energiearmut leiden. Die Energieeffizienzpläne sollten die Zahl der Haushalte mit Energiearmut in den einzelnen Ländern erfassen und bei einem erheblichen Anteil

nationale Ziele zur Reduzierung aufstellen. Energiearmut solle auch durch sozialpolitische und andere Maßnahmen angegangen werden.

Die Richtlinie zur Energieeffizienz bedarf der förmlichen Zustimmung durch das Plenum des EU-Parlaments und durch den EU-Ministerrat. Damit ist im Herbst zu rechnen. Die EU-Mitgliedstaaten erhalten 18 Monate zur Umsetzung in nationales Recht.

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/itre/home.html>

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180620-energieunion\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180620-energieunion_de)

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_STATEMENT-18-3997\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-18-3997_en.htm)

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180619IPR06146/energy-union-deals-on-efficiency-targets-and-governance>

## **2. EU-Kommissarin fordert von den Mitgliedstaaten Maßnahmen gegen Verspätungen im Luftverkehr**

Violeta Bulc, EU-Kommissarin für Verkehr, und die französische Europaabgeordnete Karima Delli (Grüne), Vorsitzende des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr im EU-Parlament haben am 13. Juli 2018 in einer gemeinsamen Erklärung mehr Reformwillen der Mitgliedstaaten angemahnt, um die Verspätungen im europäischen Luftverkehr zu beheben. Dazu bräuchte es vor allem neue Bewegung bei der seit Jahren von EU-Kommission und EU-Parlament angestrebten Reform des Flugverkehrsmanagements. Mit der Initiative für den Einheitlichen Europäischen Luftraum ("Single European Sky") will die EU-Kommission das derzeitige Flickwerk von 27 nationalen Luftraumblöcken durch ein Netz größerer, regionaler Luftraumblöcke für Flugverkehrskontrolldienste ersetzen.

„Mit 11 Millionen geplanten Flügen dürfte das Jahr 2018 für den Luftverkehr das bislang verkehrsreichste Jahr werden. Doch damit nicht genug – jetzt beginnen für die Familien die Sommerferien und damit die Vorfreude auf Sonne, Meer und Strand. Die nüchterne Realität wird jedoch so aussehen, dass pro Tag etwa 50.000 Reisende mit bis zu zwei Stunden Verspätung an den Flughäfen in Europa rechnen müssen, wodurch sie Anschlüsse verpassen und ihnen nicht eingeplante Kosten entstehen. Unser jetziges Luftverkehrssystem hat mit einem ständig steigenden Verkehrsaufkommen und sonstigen Störungen zu kämpfen“, erklärten Bulc und Delli.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180713-flugverkehr\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180713-flugverkehr_de)

[https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2014-2019/bulc/announcements/joint-statement-violeta-bulc-eu-commissioner-transport-and-karima-delli-chair-european-parliaments\\_en](https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2014-2019/bulc/announcements/joint-statement-violeta-bulc-eu-commissioner-transport-and-karima-delli-chair-european-parliaments_en)

### **3. Europäischer Gerichtshof klärt Fluggastrechte gegenüber gecharterter Fluggesellschaft**

Herr Wirth und weitere Fluggäste haben bei TUI-Fly Flüge gebucht, für deren Durchführung TUI-Fly ein Flugzeug samt Besatzung bei Thomson Airways charterte. Auf der Buchungsbestätigung war als Flugnummer der Code von TUI-Fly ausgewiesen, darunter hieß es „ausgeführt von Thomson Airways“. Da der Flug mit mehr als drei Stunden Verspätung am Ziel ankam, verlangen Herr Wirth und die weiteren Fluggäste von Thomson Airways eine Entschädigung nach der EU Fluggastrechteverordnung. Thomson Airways macht geltend, dass allein TUI-Fly auf Entschädigung in Anspruch genommen werden könne, da diese die operationelle Verantwortung für die Durchführung des Fluges gehabt habe. Auf Ersuchen des Landgerichts Hamburg klärte der Europäische Gerichtshof am 4. Juli 2018 diese Rechtsfrage und gab Thomson Airways Recht.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-07/cp180100de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=203541&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=373747>

## **FINANZDIENSTLEISTUNGEN**

### **Strengere Regeln im Kampf gegen Geldwäsche – schärfere Kontrollen von Bankkunden**

Am 9. Juli 2018 ist die Fünfte Richtlinie zur Bekämpfung von Geldwäsche nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft getreten. Die neuen Vorschriften sehen strengere Transparenzanforderungen vor. Darunter fällt ein uneingeschränkter Zugang der Öffentlichkeit zu den Registern wirtschaftlicher Eigentümer über Unternehmen. Des Weiteren wird der Gebrauch von anonymen Zahlungen mit Prepaid-Karten bekämpft. Dies schließt Plattformen für den Austausch virtueller Währungen mit ein. Die Anforderungen an die Überprüfung von Kunden werden ausgeweitet.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180709-geldwaesche-und-terrorismusfinanzierung\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180709-geldwaesche-und-terrorismusfinanzierung_de)

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32018L0843&from=EN>

# GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

## 1. Bejahung des Verbots von aromatisiertem Tabak

Generalanwalt Henrik Saugmandsgaard Øe schlägt dem Europäischen Gerichtshof vor, zu entscheiden, dass das weitgehende Verbot des Verkaufs von Tabakerzeugnissen mit einem charakteristischen Aroma rechtens ist. Er ist zudem der Auffassung, dass auf den Verpackungen der Erzeugnisse, die noch verkauft werden dürfen, das Aroma, das sie enthalten, nicht genannt werden darf. Die Schlussanträge sind für den Gerichtshof nicht bindend.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-07/cp180098de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=203581&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=370941>

## 2. EU-Kommission geht gegen Weichmacher in Kunststoffen vor

Die EU-Kommission hat am 11. Juli 2018 weitere Maßnahmen ergriffen, um Verbraucher besser vor giftigen Stoffen zu schützen. So soll das Inverkehrbringen von Produkten eingeschränkt werden, die folgende vier Phthalate enthalten: DEHP, DBP, BBP und DIBP. Phthalate werden häufig als Kunststoff-Weichmacher eingesetzt und finden sich in einer Vielzahl von Produkten des täglichen Lebens, von Spielzeug bis hin zu Sportgeräten. Verbraucher können einem dieser Phthalate oder ihrer Kombination durch verschiedene Quellen ausgesetzt werden, z. B. durch Einnahme von Nahrungsmitteln und Staub, Einatmen von Gegenständen in den Mund, Einatmen von Luft und Staub in Innenräumen sowie durch Staub und Gegenstände, die mit Schleimhäuten und Haut in Berührung kommen.

Das EU-Parlament und der EU-Ministerrat haben nun drei Monate Zeit, um die Maßnahme vor ihrer Annahme durch die EU-Kommission zu prüfen. Die Beschränkung wird dann im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und gilt 18 Monate nach Inkrafttreten für Produkte, die sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU hergestellt werden.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180711-weichmacher\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180711-weichmacher_de)

## 3. Berücksichtigung der Risiken von Nanoformen und von gefährlichen Stoffen in Textilien und Schuhen

Der EU-Ministerrat erhob am 13. Juli 2018 keine Einwände gegen eine Verordnung der EU-Kommission zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) zwecks Berücksichtigung der Nanoformen von Stoffen. Außerdem erhob der EU-Ministerrat keine Einwände gegen

eine Verordnung der Kommission hinsichtlich bestimmter als karzinogen, keimzellmutagen oder reproduktionstoxisch (CMR) eingestufte Stoffe in Bekleidung, Textilien und Schuhen. Die EU-Kommission kann diese Verordnungen in Kraft setzen, wenn auch das EU-Parlament keine Einwände erhebt.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8980-2018-INIT/de/pdf>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8976-2018-INIT/de/pdf>

## **TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET**

### **1. Plenum des EU-Parlaments lehnt Vorschlag zur Reform des Urheberrechts ab**

Das Plenum des EU-Parlaments sprach sich am 5. Juli 2018 mit 318 Stimmen gegen 278, bei 31 Enthaltungen dafür aus, das vom Rechtsausschuss am 20. Juni 2018 vorgeschlagene Verhandlungsmandat zur Reform des Urheberrechts abzulehnen. Besonders umstritten waren die Artikel des Rechtsausschusses zum Leistungsschutzrecht für Presseverlage und zu Upload-Filtern für Online-Plattformen. Durch diese Software-Filter sollte sichergestellt werden, dass urheberrechtlich geschützte Inhalte gar nicht erst hochgeladen werden. Über ein neues Leistungsschutzrecht für Presseverlage sollten Portale wie Google News nicht mehr ohne Genehmigung und gegebenenfalls Vergütung kurze Ausschnitte von Presstexten in ihren Ergebnissen anzeigen dürfen. Das EP-Plenum wird sich auf der nächsten Plenartagung (10. bis 13. September 2018) erneut mit dem Vorgang befassen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180628IPR06809/parliament-will-urheberrechtsreform-im-september-uberarbeiten>

### **2. EU-Parlament hält Datenschutz in den Vereinigten Staaten für unzulänglich**

Das EU-Parlament verneinte am 5. Juli 2018 die Angemessenheit des vom EU-US Datenschutzschild gebotenen Schutzes. Das EU-Parlament bedauert, dass die EU-Kommission und die zuständigen US-Behörden die Gespräche über die Datenschutzschild-Regelung nicht wieder aufgenommen und keinen Aktionsplan aufgestellt haben, um die festgestellten Mängel so schnell wie möglich zu beheben. So hätten die US-Behörden angesichts der jüngsten Enthüllungen über den Missbrauch personenbezogener Daten durch im Rahmen des Datenschutzschilds zertifizierte Unternehmen – etwa durch Facebook und Cambridge Analytica – unverzüglich reagieren müssen. Das EU-Parlament fordert daher die

EU-Kommission auf, den Datenschutzschild auszusetzen, bis die US-Behörden seine Bestimmungen einhalten.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0315+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB**

### **1. Europaabgeordnete gegen zweierlei Qualität von Erzeugnissen auf dem Binnenmarkt**

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des EU-Parlaments verabschiedete am 12. Juli 2018 einen Initiativbericht zu „Zweierlei Qualität von Erzeugnissen auf dem Binnenmarkt“. Die Europaabgeordneten wenden sich dagegen, dass ein Erzeugnis unter derselben Marke aber mit unterschiedlichen Inhalten in den einzelnen EU-Ländern vertrieben werden kann. Es dürfe keine zweitklassigen Produkte und keine zweitklassigen Verbraucher in der Europäischen Union geben. Derartige Fälle gebe es nicht nur bei Nahrungsmitteln; sondern auch bei Waschmitteln, Kosmetika, Hygieneartikeln und Babysachen. Die Europaabgeordneten fordern eine rasche grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Verbraucherschutzbehörden, der Verbraucherverbände und der EU-, um unfaire Praktiken zu unterbinden. Spätestens bis zum Jahresende sollten die Ergebnisse von gemeinsamen Testverfahren zu zweierlei Qualität vorliegen und öffentlich zugänglich gemacht werden.

Das Plenum des EU-Parlaments wird über diesen Bericht im September 2018 abstimmen. Daneben laufen die Arbeiten an der Richtlinie über unfaire Handelspraktiken. Hierzu gehören auch Vorkehrungen gegen zweierlei Qualität für Erzeugnisse. Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz wird hierüber im November 2018 abstimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180711IPR07740/consumer-product-quality-meps-take-aim-at-dual-standards>

### **2. Europaabgeordnete fordern Maßnahmen gegen illegalen Handel mit Heimtieren**

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EU-Parlaments verabschiedete am 10. Juli 2018 eine Entschließung zum „Schutz des EU-Binnenmarkts und der Verbraucherrechte vor den negativen Auswirkungen des illegalen Handels mit Heimtieren“. Die EU-Kommission sollte gewährleisten, dass nationale Datenbanken zur Identifizierung und Registrierung von Hunden und Katzen gegenseitig kompatibel und mit einer



# TERMINVORSCHAU

## Rat

### **Rat Landwirtschaft und Fischerei (16. Juli 2018)**

Aussprache über Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik.

### **Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (16. Juli 2018)**

Gedekte Schuldverschreibungen.

### **Ad-hoc-Gruppe Allgemeines Lebensmittelrecht (16. Juli 2018)**

Verordnung über Transparenz und Nachhaltigkeit der Risikobewertung in der Lebensmittelversorgungskette.

### **Ratsarbeitsgruppe „Horizontale Agrarfragen“ (17. Juli 2018)**

Unfaire Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette.

### **Ratsarbeitsgruppe „Zivilrecht“ (17./18. Juli 2018)**

Verträge über Verkauf von Waren.

### **Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (17. Juli 2018)**

Verordnung über ePrivacy.

### **Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (17. Juli 2018)**

Bewertung von Gesundheitstechnologie.

### **Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (17. Juli 2018)**

Verordnung über elektrischen Strom.

### **Ratsarbeitsgruppe „Technische Harmonisierung – Kraftfahrzeuge“ (18. Juli 2018)**

Sicherheit von Fahrzeugen/Schutz von ungeschützten Verkehrsteilnehmern.

### **Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (18. Juli 2018)**

Bankenreformpaket.

### **Ratsarbeitsgruppe „Gesundheitswesen“ (18. Juli 2018)**

Durch Impfung vermeidbare Krankheiten.

### **Ad-hoc-Gruppe „Stärkung der Bankenunion“ (19. Juli 2018)**

Europäische Einlagensicherung (EDIS).

### **Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (25. Juli 2018)**

Staatsanleihenbasierte Wertpapiere.

### **Ad-hoc-Gruppe Allgemeines Lebensmittelrecht (26. Juli 2019)**

Verordnung über Transparenz und Nachhaltigkeit der Risikobewertung in der Lebensmittelversorgungskette.

## **Europäisches Parlament**

### **Plenum (10. bis 13. September 2018)**

Erklärung von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zum Stand der Union; Stand der Beziehungen EU-USA; Stand der Beziehungen EU-China; Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt; Aktionsplan gegen antimikrobielle Resistenz; Beziehungen zwischen der EU und Drittstaaten bei der Finanzaufsicht; Verantwortliches Forstmanagement in Entwicklungsländern; Gleichwertigkeit von Feldinspektionen in Brasilien; Verfahren zur Befragung von Unternehmen durch die Kommission im Bereich des Binnenmarkts; Durchführungsbeschluss zu neuen psychoaktiven Substanzen; Maßeinheiten für Shochu aus Japan; Datenschutz in EU-Institutionen; Einheitliches Portal für Informationen über Problemlösungsdienste; Cybersicherheitsakt; Agenda für Zukunft der Mobilität in der EU; EU-Strategie für Plastik in der Kreislaufwirtschaft; Umsetzung der Verordnung zum Pflanzenschutz; Produkte von zweierlei Qualität im Binnenmarkt.

## **Europäische Kommission**

### **Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (18. Juli 2018)**

Mitteilung zur Brexit-Bereitschaft; Hin zu einem umfassenderen Rahmen der Europäischen Union für endokrine Disruptoren.

## **Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss**

### **Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft (19. Juli 2018)**

Durch Impfung vermeidbare Krankheiten.

### **Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch (4. September 2018)**

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung; Digitaler Wandel/Gesundheitsversorgung und Pflege; Rechtsvorschriften der EU über die Typgenehmigung im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union; Ergänzendes

Schutzzertifikat für Arzneimittel; Neue Rahmenbedingungen für die Verbraucher; Sicherheit von Fahrzeugen/Schutz von ungeschützten Verkehrsteilnehmern.

#### **Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt (5. September 2018)**

Verbesserung der Lebensmittelversorgungskette.

#### **Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft (6. September 2018)**

Stellungnahme zu Fairness und Transparenz für Nutzer von Online Vermittlungsdiensten und -Suchmaschinen; Stellungnahme zur Initiative zu den Herausforderungen für Online-Plattformen in Bezug auf die Verbreitung von Falschmeldungen; Stellungnahme zum Zugang zu und Weiterverwendung von öffentlichen und öffentlich finanzierten Daten.

#### **Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt (7. September 2018)**

Stellungnahme zum Aktionsplan für nachhaltige Finanzierung.

### **Europäischer Gerichtshof**

#### **Urteil in der Rechtssache C-528/16 (25. Juli 2018)**

Durch Mutagenese gewonnene Pflanzensorten.

#### **Urteil in den verbundenen Rechtssachen C 84/17 P, C-85/17 P und C-95/17 P (25. Juli 2018)**

Markenstreit um dreidimensionale Form von Kit Kat 4 Finger.

#### **Urteil in der Rechtssache C-632/16 25. Juli 2018)**

Energieverbrauchskennzeichnung von Staubsaugern.

#### **Urteil in der Rechtssache C-161/17 (7. August 2018)**

Verwendung von im Internet frei zugänglichen Fotos auf Schulwebsite.

#### **Urteil in der Rechtssache C 485/17 (7. August 2018)**

Die Verbraucherzentrale Berlin hat einen Aussteller der Messe „Grüne Woche“ vor den deutschen Gerichten darauf verklagt, es zu unterlassen, auf der Messe Dampfstaubsauger an Verbraucher zu verkaufen, ohne diese darüber zu informieren, dass ihnen ein Widerrufsrecht zusteht. Der Europäische Gerichtshof hat nun über das Bestehen eines Widerrufsrechts bei Messekauf zu entscheiden.

*Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.*

*Newsletter verfasst von*

*Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel*

*Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)*